



# BRATMANN-BOTE

NEUES VON CHRISTOPH BRATMANN,  
MITGLIED DES NIEDERSÄCHSISCHEN LANDTAGS UND  
RATSHERR DER STADT BRAUNSCHWEIG

Liebe Leserinnen und Leser,

die erste Hälfte des Jahres 2018 ist schon wieder rum und wir stehen kurz vor der Sommerpause. Politisch ist auf Landesebene wie auch auf kommunaler Ebene eine Menge passiert und mit dieser Ausgabe des Bratmann-Boten möchte ich einen kleinen Auszug meiner Beiträge dazu geben.

Besonders beschäftigt hat mich als Bildungspolitiker natürlich das neue Kindertagesstätten Gesetz, welches die Beitragsfreiheit, die Neuregelung der vorschulischen Sprachförderung sowie die Flexibilisierung des Einschulungsalters enthält. Natürlich waren das umfangreiche und teilweise schwierige Beratungen, schließlich ging es darum, dass das Ganze finanziell nicht zu Lasten der Kommunen geht. Die gute Nachricht am Ende aber lautet: Ab dem 01.08.2018 ist die Kinderbetreuung für Kinder von 3 bis 6 Jahren in Niedersachsen beitragsfrei! Das ist eine deutliche Entlastung für Familien mit kleinen Kindern und ich bin froh, dass wir jetzt endlich zu einer landesweiten dauerhaften Lösung gekommen sind. Kommunen können nun mal auf eigene Rechnung die Beitragsfreiheit nicht dauerhaft gewährleisten und gleichzeitig für qualitativ gute Einrichtungen sorgen. Das wissen wir hier in Braunschweig aus Erfahrung.

Nun gilt es im wichtigen Bereich der frühkindlichen Bildung die Situation der Erzieherinnen und Erzieher in den Blick zu nehmen. Die Schulgeldfreiheit sowie das Entrichten einer Ausbildungsvergütung für die Auszubildenden sind aus meiner Sicht hier wichtige Bausteine um die Ausbildung attraktiver zu machen und sie sind zudem gerecht. Beide Maßnahmen sind aktuell in Planung.

Darüber hinaus habe ich mich schwerpunktmäßig für die Sicherung und Weiterentwicklung des Justizstandortes Braunschweig sowie für die Gedenkstättenarbeit eingesetzt. Über einige der zahlreichen Vor-Ort-Termine und Gespräche gibt diese Ausgabe einen Einblick.

Viel Spaß beim Lesen und eine schöne Sommerzeit!

Ihr und euer Christoph Bratmann

## SAVE THE DATE

### MEIN SOMMERFEST 2018

### 24.08.2018, 19 UHR

KLEINGÄRTNERVEREIN EICHTAL E.V.  
VARRENTAPPSTRASSE 25

*Musik, Getränke und leckeres vom Grill*



## Christoph Bratmann und Falko Mohrs besuchen die PTB in Braunschweig

Zusammen mit dem Bundestagsabgeordneten Falko Mohrs aus Wolfsburg besuchte der Landtagsabgeordnete Christoph Bratmann die Physikalisch Technische Bundesanstalt (PTB) in Braunschweig und traf sich dort mit Vertretern des Präsidialen Stabs und des Personalrats der PTB.

Etwa 60% der Aufgaben entfallen in den Bereich der Forschung und Entwicklung, 30% Dienstleistung und 10% Beratung und Gremienarbeit, führte der Vizepräsident der PTB, Professor Dr. Roman Schwartz, aus. Aus Sicht der beiden Abgeordneten war der Besuch vor allem deshalb wichtig, weil die PTB auch in

aktuell politisch sehr wichtigen Themenfeldern forscht: Digitalisierung, Elektromobilität und Energiewende sind derzeit in aller Munde und hier wird wichtige Grundlagenforschung dafür betrieben.

Ein besonderes Highlight des Besuchstermins, war das neue „Urkilogramm“, welches in der PTB hergestellt wurde. Die exakt ein Kilogramm schwere Siliziumkugel hilft durch ihre Exaktheit international nutzbare Vergleichswerte herzustellen. Die Kosten für eine Siliziumkugel aus Braunschweig belaufen sich auf eine Million Euro.

„Man macht sich ehrlicherweise im Alltag ja wenig Gedanken darüber, dass aus der Zapfsäule an der Tankstelle auch so viel Benzin rauskommt, wie es angezeigt wird oder der Stromzähler im Haushalt genaue Werte angibt. Die qualitativ hochwertige Arbeit, die hier in der PTB geleistet wird, trägt ihren entscheidenden Teil dazu bei“, so Christoph Bratmann und Falko Mohrs ergänzt „ich finde es erstaunlich, dass die hier gewonnenen Forschungsergebnisse so vielfältig eingesetzt werden können. So fliegen mit Hilfe der genauen Atomuhren heute Satelliten durch das Weltall.“

## Geld für moderne Schulinfrastruktur – Stadt Braunschweig kann mit Förderung in Höhe von 6.760.000 Euro rechnen

„Die Stadt Braunschweig kann als Schulträger mit 6.760.000 Euro aus dem Kommunalen Investitionsprogramm des Bundes (KIP II – Schulsanierungsprogramm) für die Modernisierung, Sanierung und Erweiterung der kommunalen Schulinfrastruktur rechnen. Das ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer deutlich verbesserten Situation an unseren Schulen“, erklärt der SPD-Landtagsabgeordnete Christoph Bratmann aus Braunschweig.

Am Mittwoch, den 21. Februar, hat die SPD-geführte Landesregierung per Kabinettsbeschluss dafür gesorgt, dass der entsprechende Gesetzentwurf im Niedersächsischen Landtag beraten werden kann. Das Gesamtvolumen der Förderung beträgt bis zum Jahr 2022 rund 289 Millionen Euro.



„Die Landesregierung“, so der SPD-Landtagsabgeordnete Bratmann, „hat schnell gehandelt und mit dem Bund gut verhandelt. So können rund 85 Prozent der Kommunen in Niedersachsen wie auch Braunschweig mit der Finanzhilfe für die Schulinfrastruktur planen.“

### **Ab 1. August 2018: SPD löst zentrales Wahlversprechen ein, Kita-Gebühren werden abgeschafft!**

Zum 1. August 2018 kommt niedersachsenweit die Kita-Beitragsfreiheit. „Die SPD löst damit nicht einmal ein Jahr nach der Landtagswahl ihr zentrales Wahlversprechen ein“, freut sich Dr. Christos Pantazis, stv. Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion und Vorsitzender der SPD Braunschweig. „Wie schon bei der Abschaffung der Studiengebühren, die ebenfalls ein Wahlversprechen der SPD war, nutzen wir die gute Haushaltslage, um die Menschen finanziell zu entlasten.“



Christoph Bratmann, Mitglied des Niedersächsischen Kultusausschusses und Vorsitzender der Braunschweiger SPD-Ratsfraktion, erläuterte bei einem Pressegespräch im Vorfeld der anstehenden April-Plenarsitzung im Niedersächsischen Landtag, die Hintergründe zur Abschaffung der sogenannten „Kita-Gebühren“: „Wir sind in Braunschweig natürlich in einer besonderen Situation, da wir auf kommunaler Ebene unlängst beschlossen haben, Kita-Beiträge erheben zu müssen. Dies geschah, um den hohen Betreuungsstandard halten zu können und unter der Maßgabe, dass wir das Land in der Pflicht sehen, die Kommunen hier zu entlasten. Wir sind froh, dass dies nun politische Realität wird und wir zukünftig auf die Beiträge wieder verzichten können, ohne qualitative Einbußen zu erleben.“

Möglich wird dies, indem das Land durch eine Gesetzesnovelle seinen Personalkostenanteil an den Kitas sukzessive auf 55 und schließlich 58 Prozent erhöhen wird. Ferner wird für finanziell besonders belastete Kommunen ein Härtefallfonds in Höhe von etwa 15 Millionen Euro eingerichtet. „Die Beitragsfreiheit kann nur über das Land geregelt werden und darf nicht den Kommunen überlassen bleiben, weil sonst die finanzielle Stärke der Kommunen unmittelbaren Einfluss auf die Qualität der Kitas hätte. So schaffen wir eine gerechte Lösung, von der alle Städte gleichermaßen profitieren“, so Bratmann.

### **Duale Berufsausbildung stärken – Ausbildungsabbrüche verhindern**

Der neue Bildungsbericht des Bundesbildungsministeriums liefert hinsichtlich der beruflichen Bildung alarmierende Zahlen: Jeder vierte Auszubildende bricht seine Ausbildung vorzeitig ab, Tendenz steigend. Das hat zwar sicherlich mitunter auch ganz individuelle Gründe, dennoch müssen Politik und Wirtschaft hier reagieren, meint Christoph Bratmann, Sprecher für berufliche Bildung der SPD-Landtagsfraktion.

Da häufig Ausbildungen mit geringer Ausbildungsvergütung abgebrochen werden ist die Einführung einer Mindestausbildungsvergütung ein wichtiger Schritt auf Bundesebene. „Es war richtig und notwendig, dass die SPD eine Mindestausbildungsvergütung in den Koalitionsvertrag auf Bundesebene verhandelt hat“, erklärt Bratmann hierzu und hofft, dass diese Maßnahme nun zügig umgesetzt werde. Eine angemessene Bezahlung ist wichtig aber natürlich nicht alles. Häufig hat ein Ausbildungsabbruch auch mit enttäuschten Erwartungen oder falschen Vorstellungen vom Berufsbild zu tun. „Wer gut informiert in die Ausbildung startet und ein klares Ziel vor Augen hat, läuft weniger Gefahr, die Ausbildung abzubrechen. Deshalb bauen wir in Nieder-



sachsen die Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen weiter aus.“ Erörtert Bratmann die Maßnahmen der Landespolitik und fügt an: „Darüber hinaus werden wir mit der flächendeckenden Einführung von Jugendberufsagenturen die Beratungs- und Unterstützungsleistungen für junge Menschen beim Übergang in die Ausbildung bündeln und verstärken.“ Dies hilft vor allem auch leistungsschwächeren Jugendlichen, die nach wie vor Schwierigkeiten haben eine passende Berufsausbildung zu finden und diese dann auch erfolgreich durchzuführen.

### **Bratmann im Stiftungsrat der niedersächsischen Gedenkstätten bestätigt**

Der Braunschweiger Landtagsabgeordnete Christoph Bratmann ist erneut als Vertreter der SPD-Fraktion in den Stiftungsrat niedersächsische Gedenkstätten gewählt worden. Seine persönliche Stellvertreterin ist seine SPD-Landtagskollegin Dr. Silke Lesemann aus Hannover.

„Ich freue mich sehr meine Arbeit im Stiftungsrat fortsetzen zu können. Es ist enorm wichtig, das wir immer wieder an die Schrecken und Verbrechen des dritten Reiches erinnern, deshalb sehe ich die Gedenkstättenarbeit als einen wichtigen politischen Bildungsauftrag an.“ So Bratmann nach der Wahl am vergangenen Donnerstag.

„Wir Mitglieder des Stiftungsrates sind für die gesamte Legislaturperiode gewählt, bis dato waren alle Fraktionen des niedersächsischen Landtages vertreten. Dieses Gesetz haben wir am 27. Februar 2018 geändert. Der Landtag hat mit großer Mehrheit beschlossen, dass zukünftig nur noch vier Mitglieder von vier Fraktionen in den Stiftungsrat der niedersächsischen Gedenkstätten entsandt werden. Dass am Ende der kein Vertreter der AfD in den Stiftungsrat gewählt wurde, hat vor allem mit deren Verständnis von Erinnerungskultur und den berechtigten Bedenken der Opferverbände und Holocaustüberlebenden zu tun. Die Zusammenarbeit mit einer Partei, die aus Rechtspopulisten und Rechtsextremisten besteht, war vor allem ihnen nicht zumutbar.“ So Bratmann abschließend.

Die Vertreter des nds. Landtages, im Stiftungsrat der Gedenkstätten, sind Mitglieder der Fraktion der SPD, CDU, FDP und der Grünen. Auf Antrag der AfD, die auch Vertreter zur Wahl stellte, wurden in geheimer Wahl auch die weiteren folgenden Abgeordneten gewählt: für die CDU Bernd Busemann (seine Stellvertreterin Gudrun Pieper), für die FDP Björn Försterling (seine Stellvertreterin Susanne Victoria Schütz) und für die Grünen Julia Willie Hamburg (ihre Stellvertreterin Eva Viehoff).



## Bratmann: „Eine starke Justiz braucht gute Arbeitsbedingungen.“ SPD-Landtagsabgeordnete besuchen Braunschweiger Gerichte und die JVA Wolfenbüttel

Welchen Herausforderungen müssen sich unsere Justizbehörden aktuell und zukünftig stellen und welche Voraussetzungen muss die Politik dafür schaffen? Zur Erörterung dieser Fragestellungen traf sich der Arbeitskreis Recht und Verfassung der SPD-Landtagsfraktion in Braunschweig.

Initiiert hatte dies der Braunschweiger Abgeordnete Christoph Bratmann, der Mitglied dieses Arbeitskreises ist. „Es war mir ein Anliegen, den Justizstandort Braunschweig in den Fokus zu stellen und aktuelle Aufgaben sowie Arbeitsbedingungen bei Gericht und im Justizvollzug zu thematisieren.“ Betont Bratmann hierzu und ergänzt: „Schließlich ist Braunschweig ein bedeutender Justizstandort in Niedersachsen.“ Aktuell ist der Gerichtsstandort Braunschweig insbesondere durch die Sammelklagen im Zuge der VW-Abgasaffäre bundesweit in den Medien. Angeführt wurde der Arbeitskreis vom Oldenburger Abgeordneten Ulf Prange, dem rechtspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion,



Auftakt war ein Besuch in der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel inklusive der dortigen Gedenkstätte zum Gedenken an die Opfer der Justiz im Nationalsozialismus. Nach informativen Gesprächen über heutige Haftbedingungen sowie Arbeitsbedingungen im Justizvollzug mit dem Anstaltsleiter Dieter Münzebrock, ging es weiter nach Braunschweig. Hier wurden das Amtsgericht, das Oberlandesgericht sowie das Landgericht besucht.

Im geschichtsträchtigen Gebäude des Braunschweiger Amtsgerichts, trafen sich die Abgeordneten unter anderem mit Wolfgang Scheibel, dem Präsidenten des Oberlandesgerichts und Ingo Groß, dem Präsidenten des Amtsgerichts. In der Gesprächsrunde wurde deutlich, dass die Digitalisierung natürlich auch vor der Justiz nicht Halt macht. Hier wurde u.a. über Vorzüge und Tücken der elektronische Verwaltungsakte gesprochen.

Beim anschließenden Gespräch mit der Präsidentin des Landgerichts, Eva Moll-Vogel, wurde die Ähnlichkeit der Problemlagen deutlich: Angemessen große Räumlichkeiten, ausreichend Personalnachwuchs und die hausinternen Datenleitungen sind die großen Baustellen der Gerichte.

Den Abschluss bildete ein Gespräch mit dem Braunschweiger Generalstaatsanwalt Norbert Wolf. In Anlehnung an den früheren Braunschweiger Generalstaatsanwalt Fritz Bauer erörterte Wolf, dass eine starke Justiz in einem Rechtsstaat dazu dient, die Freiheit der Menschen zu schützen. Eine Sichtweise der alle Anwesenden zustimmen könnten.

Anschließend tagte der Arbeitskreis in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Stefan van der Beck um zukünftige politische Initiativen zu beraten im Braunschweiger Hotel Mercure.

## SPD-Fraktion organisiert Mehrheit und setzt Akzente – Rat beschließt Haushalt 2018

Mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, BIBS und P<sup>2</sup> hat der Rat der Stadt Braunschweig am Dienstag, 6. Februar den Haushalt 2018 beschlossen. „Die Verwaltung kann nun zentrale Vorhaben wie die Investitionen in Bildung, den ÖPNV, bezahlbaren Wohnraum, Digitalisierung und die Feuerwehr in Angriff nehmen. Selten hat der Rat ein derart umfassendes Haushaltspaket beschlossen, wie in diesem Jahr“, lobt Christoph Bratmann, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion, das umfassende Zahlenwerk.

„Trotz der unter dem Eindruck fehlender Gewerbesteuererlöse weiter komplizierten Haushaltslage ist Oberbürgermeister Ulrich Markurth und der Verwaltung der Spagat gelungen, zentralen Zukunftsprojekten im Haushalt den nötigen Spielraum einzuräumen“, erklärt Bratmann die Zustimmung seiner Fraktion weiter. „Dazu ist es uns als Fraktion erneut gelungen, diverse Einzelprojekte, sowie die Dynamisierung für die Wohlfahrtsverbände, Freien Träger und die Nachbarschaftshilfen als freiwillige Leistungen im Haushalt zu platzieren. Wir geben so nicht nur dem Haushalt, sondern auch unserer Stadt ein soziales Gesicht.“

Dass die SPD-Fraktion trotz eines prognostizierten Fehlbedarfs von etwa 35,8 Millionen Euro dem Haushalt zustimmt, begründet Bratmann mit einer grundsätzlichen Ausrichtung: „Es ist keinesfalls so, dass wir dies ignorieren und verantwortungslos investieren, wie es uns gerne unterstellt wird. Das Gegenteil ist der Fall: Wir sind der festen Überzeugung, dass man zwischen sinnvollem Sparen und pauschalen Kürzen unterscheiden und einen gangbaren Weg finden muss, um generationengerecht zu handeln.“ Wer nicht zur gegebenen Zeit nötige Investitionen vornehmen würde, könne kurzfristig zwar eine vermeintlich schöne und ausgeglichene Bilanz verbuchen – am Ende könnte diese Sparpolitik aber sogar mehr kosten, als die Investitionen zur richtigen Zeit. Denn: Wer einen Sanierungsstau vor sich herschiebt löst keine Probleme und handelt nicht generationengerecht.

Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf, dass die Politik die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel auch zum Gestalten und Weiterentwickeln der Stadt einsetzt. Dies haben wir getan und uns nicht von der finanzpolitischen Panikmache der CDU leiten lassen. Wer Braunschweig voranbringen möchte, muss auch bereit sein, vernünftige Investitionen zu tätigen und darf die Stadt nicht kaputtsparen. Dafür stehen die SPD und dieser Haushaltsabschluss. Mittlerweile wurde bekannt, dass der Haushalt des Jahres 2017 nicht wie prognostiziert mit einem Defizit von 26 Mio. Euro sondern mit einem Überschuss von 30 Mio. Euro abgeschlossen wurde. „Dass wir selbst in nicht ganz einfachen Zeiten die Überschussrücklage nicht antasten müssen, sondern weiter aufstocken können, gibt uns in unserer Ausgabenpolitik recht“, so Bratmann abschließend.

Wahlkreisbüro Christoph Bratmann, MdL  
Kevin Winter  
Schlossstraße 8  
38100 Braunschweig

Per E-Mail: [buero@christoph-bratmann.de](mailto:buero@christoph-bratmann.de)  
Telefon: 0531/4809823  
[www.christoph-bratmann.de](http://www.christoph-bratmann.de)

